

Heute auf Seite 3: Europas genialer Feldherr

8130
HERR
ZILLICH HEINRICH
HIRSCHANGER 1
8130 STARBERG
934976

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 37 — Folge 16

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

19. April 1986

Landmannschaft Ostpreußen e. V.
Parkallee 84/86, 2000 Hamburg 13

C 5524 C

Südafrika:

Die Gesprächspartner des Herrn aus Unkel

Willy Brandts Aufwertung der ANC-Terroristen

Als Willy Brandt kürzlich in Polen war, fand er keine Zeit zu einem Abstecher nach Danzig und zum Besuch des Bürgerrechtlers Lech Waleśa. Als der südkoreanische Staatspräsident Tschoon in der vorigen Woche die Bundesrepublik Deutschland besuchte, verweigerten der SPD-Vorsitzende und seine Genossen ihm das Gespräch wegen Terminschwierigkeiten und „weil damit sein diktatorisches Regime diplomatisch aufgewertet“ worden wäre.

Gelegentlich aber existieren Berührungsängste und Terminschwierigkeiten nicht. So hatte Willy Brandt keine Probleme, den amtierenden Chef des Afrikanischen Nationalkongresses, Oliver Tambo, nach Bonn einzuladen, um solchermassen seine Reise nach Südafrika vorzubereiten, die er am Dienstag angetreten hat. Vom Kap aus soll es dann per Auto in die botswanische Hauptstadt Gabarone zu einer Präsidiumssitzung der Sozialistischen Internationale weitergehen.

Zuvor aber hat sich der SPD- und SI-Chef einiges vorgenommen: Beispielsweise äußerte er den Wunsch, den seit 20 Jahren wegen Hochverrats, Sprengstoffattentats und Sprengstoffbesitzes inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela im Pollsmore-Gefängnis bei Kapstadt besuchen zu dürfen. Doch die Wunschliste seiner Gesprächspartner ist noch länger: Auf ihr stehen Gewerkschafter, kirchliche Würdenträger — darunter Bischof Tutu, der Präsident des Reformierten Weltbundes, Dr. Allan Boesak, und der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Pfarrer Beyers-Naudé — sowie Nelson Mandelas Ehefrau Winnie, die nach Aufhebung ihrer Verbannung jetzt wieder in Soweto lebt.

Unabhängig davon, daß es bei Redaktions-schluß dieser Ausgabe nicht den Anschein hatte, als würde Brandt die Möglichkeit zum Besuch Mandelas erhalten, wirft sein Verhalten und die Auswahl seiner Gesprächspartner ein bezeichnendes Licht auf seine Position in den Konflikten um das südliche Afrika. Denn Vertreter der Regierung in Pretoria oder auch der Zulu-Chief Gatsha M. Buthelezi, der den größten Stamm Südafrikas repräsentiert und eine Änderung der Verhältnisse nicht durch Gewalt, sondern durch Reformen favorisiert, stehen nicht auf dieser Liste.

Nelson Mandela hingegen, den Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Neujahrsansprache in einem Atemzug mit Andrej Sacharow und Rudolf Hess nannte, für deren Freilassung er sich aussprach, könnte längst in Freiheit leben. Premierminister P. W. Botha erklärte am 31. Januar vor dem Parlament: „Ich bin davon überzeugt, daß eine Freilassung Mandelas nicht möglich ist, solange sich dieser nicht bereit erklärt, auf jegliche Gewaltanwendung zu verzichten, sobald er das Gefängnis verläßt. Nun verhindert nicht die südafrikanische Regierung Mandelas Freilassung, sondern er selbst. Er hat die Wahl. Alles, was er zu tun hat, ist, der Gewalt als politischem Instrument bedingungslos abzuschwören. Das ist schließlich eine Bedingung, die in allen zivilisierten Ländern der Welt respektiert wird.“

Nicht aber von Mandela: Er hat dieses Angebot abgelehnt und bleibt damit seiner Haltung treu, die er schon in seiner vor Jahren verfaßten Schrift „Wie werde ich ein guter Kommunist?“ dokumentierte. Darin heißt es unter

anderem: „Das südafrikanische Volk, geführt von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (der Großteil der ANC-Funktionäre gehört wahrscheinlich zugleich der SACP an, d. Red.), wird die kapitalistische Gesellschaft vernichten und an deren Stelle den Sozialismus errichten.“ Oder: „Die Absicht, die marxistische Philosophie zu studieren, soll uns in die Lage versetzen, revolutionäre Massenkämpfe wirksam zu leiten.“ Als Ziel des ANC-Terrors formulierte Mandela einst: „Schaffung von derartigem Streit und derartigen Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Hautfarben in Südafrika, wie sie nicht einmal durch Kriege erzeugt werden.“ Seine Doktrin lautet: Gewalt und Revolution statt Dialog und Reform.

Das muß keineswegs heißen, daß eine Machtübernahme des ANC in Südafrika dort in jedem Fall ein kommunistisches System etablieren würde. In aller Regel setzen sich in den afrikanischen „Befreiungsbewegungen“ (wie etwa in Angola und Mosambik — so weit dort überhaupt schon Entscheidungen gefallen sind — oder Zimbabwe und Tansania) im Endeffekt die nationalistisch-antidemokratischen Flügel gegenüber den doktrinär-marxistischen durch.

Nur eine Gesetzmäßigkeit läßt sich bereits jetzt für ein durch den ANC „befreites“ Südafrika prophezeien: Es würden Ströme von Blut, unter Weißen wie unter Schwarzen, fließen.

Westliche Politiker, kommen sie aus Unkel am Rhein oder sonstwoher, begünstigen diese Gefahr, wenn sie unter dem Banner der Freiheit getarnte Terrororganisationen und ihre Führer moralisch und politisch aufwerten.

Olaf Hürtgen

Ostpolitik:

BdV übt Kritik an Außenminister

Warum sind die Vertriebenen über Hans-Dietrich Genscher erregt?

Zur „Verwunderung“ des Auswärtigen Amtes über die Erregung der Vertriebenenverbände und zu dessen unglaublich-unterwürfiger Haltung zum kommunistischen Vertragsbruch erklärte BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja: Die jetzige Kritik richtete sich ausschließlich gegen die bisher ergebnislosen Appelle des Bundesaußenministers und die mangelnde Vertretung deutscher Interessen. Nur er versucht das in eine Kritik an der Bundesregierung umzumünzen. Der Bundeskanzler jedoch hat entschlossen die Rechte Deutschlands und der Deutschen vertreten und jede Nachbesserung des Warschauer Vertrages zu einem Anerkennungsvertrag abgelehnt. Er hat die Erfüllung der Rechte der Deutschen eingefordert.

Die Kritik an Genscher hat drei Gründe:

1. Durch das Fehlverhalten früherer Regierungen, in denen der Außenminister entscheidend an der Polen-Politik mitwirkte, hat der deutsche Steuerzahler vier Milliarden DM für verbürgte Kreditverluste bezahlt und wird noch sechs Milliarden DM bezahlen, ohne daß den Menschen geholfen und die Beziehungen entgiftet wurden. Großbritannien und die USA lehnen heute Hilfen ohne jede grundlegende Wirtschaftsreformen und ohne Milderung der Unterdrückung ab. Nach den neuen hundert deutschen Millionen darf man nicht ein weiterhin geöffnetes Füllhorn, das Orzechowski



Polens Außenminister Orzechowski bei Außenminister Genscher in Bonn: Trotz Freundschaften in Warschau unveränderte Position
Foto dpa

„Die Krauts und ich...“

Die Geständnisse des Großwildjägers Ernest Hemingway

H. W. — Da war doch die Sache mit dem Hauptmann der Deutschen Wehrmacht, der einen bei der Ardennen-Offensive flüchtenden amerikanischen Soldaten, der seine Waffen bereits weggeworfen hatte, hinterrücks erschoss. Und einen anderen Soldaten, der sich ebenfalls waffenlos ergeben hatte, erschoss er, weil dieser Amerikaner sich geweigert hatte, ihm, dem Hauptmann, eine Lagekarte zu erklären und damit die Stellungen der eigenen Truppen zu verraten. Die Handlung dieses „Offiziers“ ist eindeutig ein Kriegsverbrechen und wenn die Amerikaner ihn deshalb zum Tode verurteilten,

würde niemand das Recht haben, sich hierüber aufzuregen.

Es würde uns nicht wundern, wenn angesichts der seit Jahren über die Deutschen niedergehenden Verleumdungskampagne die obige Darstellung auch heute noch als „typisch deutsch“ bezeichnet und geglaubt wird.

Aber — zwar gibt es diesen Hauptmann nicht, wohl aber gibt es Vorfälle dieser Art, die sich auf den amerikanischen Schriftsteller und Globe-trotter Ernest Hemingway beziehen, der im Ersten Weltkrieg an der italienischen Front stand, in den 30er Jahren auf der ortsprachen Seite dabei war und der vor allem im Zweiten Weltkrieg als Kriegsberichterstatter die amerikanischen Truppen begleitete. Hemingway gilt — laut Lexikon — als „Hauptsprecher der ‚verlorenen Generation‘, die nach der Erschütterung der bürgerlichen Welt durch den Krieg einem brutalen Realismus huldigte“.

Die Praktizierung eines derartigen brutalen Realismus ließ Hemingway sich persönlich schon während des Krieges angelegen sein. Das läßt sich aus einer nachgelassenen Korrespondenz des — überdies — Nobelpreisträgers Ernest Hemingway schließen. Wie aus den „Selected Letters 1937—1961“, herausgegeben von Carlos Baker und erschienen im Verlag Charles Scribner's Sons, New York, hervorgeht, schrieb Hemingway am 2. Juni 1950 an Scott Fitzgeralds Biographen Arthur Mitzinger, er habe mit Sicherheit 122 „Krauts“ — also Deutsche — erschossen. Für ihn waren die Deutschen eine Art Beutetiere, die es zu erlegen galt, denn Hemingway fühlte sich stets als Krieger und Jäger zugleich.

In dem vorzitierten Brief heißt es u. a. wörtlich: „Der letzte, nein, doch nicht der letzte, aber der, bei dem ich mich am miesesten gefühlt habe, war ein Soldat in deutscher Uniform, der einen Helm trug und der auf ihrer Fluchtroute nach Aachen radelte. Ich wollte nicht, daß unsere Leute Fifty's auf ihn abfeuerten und sagte deshalb: ‚Den übernehme ich‘ und schoß auf ihn mit einer M1. Als wir uns zur Durchsuchung über ihn beugten und die Falle aufbauten, da sah ich, daß es ein Junge war, so im Alter wie mein Sohn Patrick, und ich hatte ihm durch die Wirbelsäule geschossen, die Kugel war durch die Leber wieder ausgetreten. Er hatte keine Überlebenschance.“ Hemingway „rückte ihn in

die bequemste Lage und gab ihm Morphin-Tabletten", um alsdann seiner Jagdleidenschaft weiter zu fröhnen.

So berichtete er seinem Verleger u. a.: „Einmal habe ich einen äußerst rotzigen SS-Kraut getötet. Als ich ihm drohte, ihn zu erschießen, wenn er nicht die Bedeutung von Markierungen auf seinem Fluchtplan erklären würde, antwortete er, dazu fehle mir der Mut...“ verweigerte die Aussage und berief sich auf die Genfer Konvention.“ Originalton Hemingway: „Da bist du aber auf dem Holzweg, Bruder, antwortete ich und schoß ihm schnell dreimal in den Bauch und — als er auf seine Knie sank — noch einmal von oben...“

Hemingway, von dem geschrieben steht, er habe sich zu den elementaren Tugenden des Mutes bekannt, hat bei den vorgeschilderten Beispielen einen Beweis dafür geliefert, wie es um diese in praxi bestellt war.

Ernest Hemingway gibt es nicht mehr: Der 1945 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnete Exzentriker und Großwildjäger setzte seinem Leben im Juli 1961 selbst ein Ende. Ob es das Gewissen war, das ihm keine Ruhe ließ — das geht einen höheren Richter an. Seine geschilderten „Heldentaten“ jedenfalls gehörten vor ein Kriegsgericht und hier hätte nur ein Urteil gesprochen werden können, über dessen Inhalt wir nicht wieder nachdenken müssen.

Der Einzelkämpfer, der schon auf rotspanischer Seite stand, befolgte praktisch den Aufruf, den sein russischer Schriftstellerkollege Ilja Ehrenburg verfaßt hatte und der nicht selten Maßstab für das Verhalten sowjetischer Soldaten wurde. Dieser Aufruf lautete:

„Tötet! Tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstört für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute!“

Es macht heute keinen Sinn, wenn alte Wunden aufgerissen werden. Das Beispiel Hemingway, der praktisch dem Aufruf Ilja Ehrenburgs auf seine Weise folgte, wie auch das Wüten sowjetischer Soldateska in den deutschen Ostgebieten, sollte gerade in einer Zeit, da nicht aufgehört wird, das deutsche Volk als eine Art Verbrechensnation hinzustellen, auf die Gefahren der Emotionalisierung hinweisen.

Vor allem aber sollte hier ein weiterer Beweis für den Nachweis geleistet werden, daß es im letzten Krieg auf beiden Seiten Licht und Schatten gab. Heute eine Seite ins Licht der Scheinwerfer zu zerren, damit sich die andere im Dunkel verbergen kann, ist nicht nur unfair, sondern kann sich auch für die Zukunft als verderblich auswirken.

Sowjetbotschaft:

„Wachwechsel“ ist kein Kurswechsel

Neuorientierung in der Deutschlandpolitik ist nicht zu erwarten

In dieser Woche kehrt der bisherige Sowjetbotschafter Semjonow nach Moskau zurück. Über seine weitere Verwendung ist nichts bekannt. Wahrscheinlich geht der alte Herr in Pension. Mit der für Anfang Mai erwarteten Ankunft seines Nachfolgers Kwisinsky werden in Bonn Hoffnungen auf substantielle Verbesserungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen geknüpft. Spekuliert wird sogar auf einen Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn.

Kwisinsky ist jünger als Semjonow. Er wird sich zunächst in sichtbarer Aktivität um vielfältige Kontakte bemühen und versuchen, auf allen Feldern der gegenseitigen Beziehungen präsent zu sein. Daß dahinter eine Neuorientierung der sowjetischen Deutschlandpolitik stünde, erscheint gegenwärtig jedoch sehr unwahrscheinlich.

Solange es keine „besondere deutsche Rolle“ in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik gebe, fehle es am geeigneten Inhalt politi-

Aufgedeckt:

Stalin hortete strategische Rohstoffe

Erste Einzelheiten über die verspäteten Memoiren von Iwanowitsch Mikojan

Im Jahre 1939 war der sowjetische Diktator Josef Stalin äußerst aktiv: Mit Adolf Hitler schloß er einen Nichtangriffspakt, annektierte Ostpolen, fiel in Finnland ein und legte in großem Maße strategische Rohstoffvorräte an. Er wandte damit eine Lehre Lenins an: „Alles, was unsere Diplomatie leisten kann, um den Krieg hinauszuschieben, um die Pause zu verlängern, sind wir verpflichtet zu tun.“

Anastas Iwanowitsch Mikojan, der 1978 verstorbene langjährige sowjetische Spitzenpolitiker, begründet in seinen jetzt in Moskau sieben Jahre nach seinem Tod erschienenen Memoiren die Politik Stalins mit diesem Lehrsatz. Daß Hitler die Sowjetunion angreifen werde, habe für Stalin schon 1939 festgestan-

den. Nur über das Datum sei er unsicher gewesen. Auszüge des Mikojan-Buchs hat die Ost-Berliner Monatszeitschrift „horizont“ in ihrer jüngsten Ausgabe abgedruckt. Das Blatt steht dem DDR-Außenministerium nahe. Mit dieser Veröffentlichung wird die aus marxistischer Gesichtssicht heikle Frage des Hitler-Stalin-Paktes in der DDR „öffentlich“.

In dem Vorabdruck, der erstmals in der historischen Zeitschrift „Nowaja i nowejschaja istoria“ erschien, schildert Mikojan auch erstmals in Einzelheiten die Beschaffung der kriegswichtigen Rohstoffe. Denn Stalin hat ihn zum geheimen Sonderbeauftragten in dieser Frage ernannt. „1939 initiierte J. W. Stalin, bei

Mikojan hatte zur Erfüllung seines Auftrags „eine sehr große Devisensumme“ zur Verfügung. „In relativ kurzer Zeit“ seien dann im Ausland „beträchtliche Mengen an hochwertigen, äußerst knappen Gütern und Rohstoffen eingekauft“ worden.

Importe aus Deutschland...

Den Mangel an modernen Werkzeugmaschinen bei der Rüstungsindustrie wollte Mikojan durch Importe im Werte von 200 Millionen Mark aus Deutschland decken — damals eine sehr hohe Summe. Doch die deutsche Seite habe dann nach einiger Zeit verlangt, daß Moskau einen Teil dieser Aufträge storniere. Berlin werde dafür eine entsprechende Menge Gold als Ausgleich zahlen. „Angesichts der Hartnäckigkeit der Deutschen“ habe der Kreml schließlich nachgegeben.

Die Rohstoffvorräte brachte Mikojan in Verschlusssachen der ihm unterstehenden Zollverwaltung. Als die Kriegsgefahr zunahm, wurden diese Bestände in östliche Landesteile geschafft und unter strikter Geheimhaltung in Getreidespeichern eingelagert, die Mikojan kraft seiner Sondervollmachten einfach hatte leeren lassen. Offiziell handelte es sich auch dabei um Zolldepots.

Enger Mitarbeiter Stalins

Mikojan wurde am 25. November 1895 im damaligen Gouvernement Tiflis geboren. Er war Armenier und absolvierte in Tiflis das Priesterseminar. Schon 1915 schloß er sich den Bolschewiki an. Als enger Mitarbeiter Stalins rückte er 1923 ins Zentralkomitee auf und 1935 — kurz vor den blutigen Säuberungen — ins Politbüro, wo er bis 1966 blieb. Er war seit 1926 Minister und zuletzt zwei Jahre Staatsoberhaupt. Mikojan starb am 21. Oktober 1978 kurz vor seinem 83. Geburtstag in Moskau.

Mikojan galt vielen als ein Gegner von Stalins Außenminister Wjatscheslaw Molotow. Dieser lebte jetzt als 96-jähriger Rentner in Moskau und wurde im vergangenen Jahr sogar wieder in die Partei aufgenommen, aus der er 1962 „als Parteifeind“ ausgeschlossen worden war. Ob Mikojan dabei seine Hand im Spiel hatte, ist bis heute unbewiesen.



... ooch eena, der keene Wohnung koopen wollte... Zeichnung aus Berliner Morgenpost

uns nicht genügend vorhandene strategische Materialien zu kaufen und für den Kriegsfall zu lagern“, schreibt Mikojan. Das müsse aber „absolut geheim bleiben“. Stalin „sprach darüber ausschließlich mit mir“, erinnert sich der damalige sowjetische Außenhandelsminister — also auch nicht mit den übrigen Politbüromitgliedern.

Polen:

Die Jugend zieht es nach Westen

Geheime Umfrage beweist: Fast jeder möchte auswandern

Wenn polnische Jugendliche die Möglichkeit zur Auswanderung hätten, so würden 94,5 Prozent nichtkommunistische Länder wählen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor, die das Schlesische Institut in Oppeln veranstaltete. Die Ergebnisse werden als Geheimnis behandelt. Doch die Breslauer Untergrundzeitschrift „KOS“ konnte Einzelheiten berichten.

Dieser Umfrage zufolge wollen weit über 70 Prozent rein westliche Länder zum Wohnsitz wählen. Dabei steht die Bundesrepublik Deutschland mit 20,1 Prozent bei weitem an der Spitze. Schweden, Frankreich und Großbritannien sind bei jeweils gut elf Prozent beliebt. Die USA und Kanada folgen mit je zehn Prozent. „In ein anderes sozialistisches Land umzuziehen“, das wollen nur 5,5 Prozent. Diese Zahl bedeutet auch einen Hinweis auf die Attraktivität der DDR.

Vor dem Hintergrund dieser für die Regierung in Warschau höchst unbefriedigenden Umfrage wies die polnische Untergrundpresse auf die neuen Paßbestimmungen hin. Sie betreffen vor allem junge Leute, die bisher als Touristen relativ leicht Westreisen unternehmen konnten. So müssen neuerdings die Personalien beider Großmütter bei Beantragung eines Passes angegeben werden. Außerdem hat der Antragsteller die eidesstattliche Versicherung abzugeben, daß keine der beiden Großmütter vor 1945 als Volksdeutsche registriert worden war.

Hintergrund dieser Regelung ist die Tatsache, daß sich viele junge Touristen aus Polen unter Hinweis auf ihre deutsche Abstammung im Durchgangslager Friedland als Deutsche haben registrieren lassen.

Wer in Polen einen zu einer Westreise be-

rechtigenden Paß erhält, muß sich auch darüber belehren lassen, daß er nur das angegebene Zielland besuchen darf. Jeder Absteiger in andere Staaten — beispielsweise von West-Deutschland nach Frankreich oder nach Dänemark — ist neuerdings strikt untersagt. Wer diese Bestimmung mißachtet, riskiert eine bis zu fünfjährige Freiheitsstrafe.

Landeslisten:

Julis nach Bonn?

Wenig Mandate für FDP-Nachrücker

Vergangenes Wochenende hielten die Jungen Liberalen (Julis) ihren 9. Bundeskongress in Osnabrück ab. Doch auch nach diesem Kongress rechnen sie sich nur geringe Chancen aus, daß Vertretern ihrer Organisation auf den FDP-Landeslisten aussichtsreiche Plätze für die Bundestagswahl eingeräumt werden. Der Grund dafür ist weniger in der Tatsache zu suchen, daß die Julis in einigen Punkten den offiziellen Kurs der Partei ablehnen (zum Beispiel die SDI-Abkommen), vielmehr scheiden bei der FDP nur ganz wenige bisherige Bundestagsabgeordnete aus, so daß die einigermaßen sicheren Listenplätze sehr hart umkämpft sind. Mit einem Einzug über die hessische Landesliste kann lediglich der Juli-Gründungsvorsitzende Hans-Joachim Otto rechnen, der gegenwärtig dem Landtag in Wiesbaden angehört. Der amtierende Bundesvorsitzende Guido Westerwelle (Bonn) glaubt selbst nicht, daß er über die NRW-Liste zum Zug kommt.

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Hugo Willems

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Kultur, Unterhaltung, Frauenseite:
Silke Osman

Geschichte, Landeskunde,
Literatur und Aktuelles:
Horst Zander

Heimatkreise, Gruppen,
Soziales und Mitteldeutschland:
Susanne Deuter

Politik, Zeitgeschehen, Jugend:
Kirsten Engelhard

Reportagen, Leserbrief, Archiv:
Susanne Kolmirt

Ostpreußische Familie: Ruth Geede

Bonner Büro: Clemens J. Neumann

Anzeigen und Vertrieb:
Helmut Grunow

Anschrift für alle: Postfach 323255, 2000 Hamburg 13. Verlag: Landmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 84/86, 2000 Hamburg 13. Bundesgeschäftsführer Friedrich-Karl Miltzner. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landmannschaft Ostpreußen. — Bezugspreis Inland 7,50 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 9,00 DM monatlich. Bankkonto: Landesbank Hamburg BLZ 25050000, Konto-Nr. 192 344. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 8426-204, für Anzeigen Postscheckamt Hamburg 907 00-207. — Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. — Druck Gerhard Rautenberg, 2950 Leer (Ostfriesland), Telefon (0491) 4288.



Für Anzeigen gilt Preiskarte Nr. 21
Telefon (040) 44 65 41 (mit Anrufbeantworter) und 44 65 42